



JANUAR 2023

NEWSLETTER

Gemeinsam für unsere Heimat



PROF. (UNIV. LIMA) DR. PETER BAUER, MDL

Patienten- u. Pflegebeauftragter der Bayer.
Staatsregierung, Pflegepolitischer Sprecher,
Frankensprecher

WOLFGANG HAUBER, MDL

Innenpolitischer Sprecher

In dieser Ausgabe:

- FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Länderöffnungsklausel für Erbschaftsteuer - Seite 2
- Winterklausur 2023 der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in Chieming - Seite 3
- Neues Betreuungsrecht beachtet stärker die Wünsche der Betroffenen - Seite 4
- Deutscher Austritt aus internationalem Jagdtrat: Ideologiegeleitete Schaupolitik von Minister Özdemir - Seite 5
- Die Bereitschaft zur Organspende muss besser werden! Deutschland braucht die doppelte Widerspruchslösung! - Seite 6
- Bundesregierung plant Verschärfung des Waffenrechts - MdL Hauber: Fachverbände sollten stärker in die Erteilung von Waffenerlaubnissen einbezogen werden - Seite 7
- Kräftiger Schub für die Pflege - Regierungsfractionen präsentieren Antragspaket im Landtag für attraktivere Ausbildung, höhere Freibeträge und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Seite 8
- Patienten- und Pflegebeauftragter veröffentlicht neue Broschüre mit Handreichungen für Betroffene und Angehörige - Seite 9
- Start der Ausschreibung für den Bürgerpreis 2023 - Seite 10
- Gemeinsamer Besuch von MdL Hauber und Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer bei der Gründungsberatung der Hochschule Ansbach - Seite 12
- Bilder-Rückblick zur Grünen Woche in Berlin - Seite 14

NEUIGKEITEN AUS DEM BAYERISCHEN LANDTAG UND UNSERER HEIMAT MITTELFRANKEN

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayern in Berlin – das hört sich immer etwas gewöhnungsbedürftig an, doch dieses Mal war es wieder ein freudiger Anlass: Die Grüne Woche unterstützt unsere Bayerische Landwirtschaft! Ein anderes bayerisches Thema, das bundesweit Wellen schlägt, ist die von uns geforderte Abschaffung der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Mit gleich mehreren Veranstaltungen haben wir uns direkt bei den Bürgern vor Ort informiert und daraufhin einen Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht. So setzen wir uns mit aller Kraft für Bayern ein, damit der Freistaat weiterhin ein lebenswertes Fleckchen Erde bleibt. Mehr lesen Sie auf den nächsten Seiten.



Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zu Besuch auf der Grünen Woche in Berlin. Foto: Gottfried Obermair/FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Länderöffnungsklausel für Erbschaftsteuer



Wir **FREIE WÄHLER** sind die **einzigste demokratische Kraft im Bayerischen Landtag, die konsequent für die vollständige Abschaffung von Erbschaft- und Schenkungsteuer eintritt.** Denn seit Jahresbeginn ist das Vererben von Immobilien deutlich teurer geworden und die Erbschaftsteuer gleicht einer Abgabenerhöhung durch die Hintertür. Deshalb fordern wir **FREIE WÄHLER** im Landtag eine **Länderöffnungsklausel im Rahmen der Erbschaftsteuer** – und damit die deutliche Stärkung föderaler Strukturen.

Denn die im Erbschaft- und Schenkungssteuergesetz (ErbStG) geregelten **persönlichen Freibeträge sind angesichts der hohen Inflation und Immobilienpreise in Bayern nicht mehr angemessen.** In einem ersten Schritt unterstützen wir die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung, **eine Erhöhung der Freibeträge und die Regionalisierung der Erbschaft- und Schenkungssteuer** durch einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht durchzusetzen. **In einem zweiten Schritt wollen wir die vollständige Abschaffung von Erbschaft- und Schenkungsteuer erreichen.** Das ist gerade bei uns in Bayern wichtig, wo die Menschen von der Abgabe besonders hart betroffen sind – unabhängig davon, ob sie in teuren Metropolen oder in guten Lagen des ländlichen Raums erben. **HIER** lesen Sie mehr.

Winterklausur 2023 der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in Chieming

Versorgungssicherheit, erneuerbare Energien, Steuerpolitik und Ehrenamt: Bei unserer Winterklausur in Chieming haben wir FREIE WÄHLER im Landtag uns mit der aktuellen Krisensituation befasst und Lösungen gegen Energieknappheit und Inflation diskutiert.

HIER geht's zum Video.



**WINTERKLAUSUR
2023
IN CHIEMING**



Foto: Obermeir/FW Landtagsfraktion



Foto: Andreas Gebert

Neues Betreuungsrecht beachtet stärker die Wünsche der Betroffenen

Zum 01.01.2023 ist das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts in Kraft getreten. Es freut mich, dass der Gesetzgeber diesen großen Schritt getan hat und damit nun für Verbesserungen bei allen betreuten Menschen, aber auch bei allen Betreuerinnen und Betreuern sorgt! Mit Hilfe dieser umfangreichen Reform kann die Qualität der rechtlichen Betreuung weiter verbessert werden.

Ein Beispiel für rechtliche Neuerungen ist die Einführung eines formalen Registrierungsverfahrens für berufliche Betreuer. Dieses soll der einheitlichen Qualität dienen und dokumentieren, dass persönliche und fachliche Mindesteignungsvoraussetzungen nachgewiesen wurden. Neben der erforderlichen Sachkunde werden von nun an auch vertiefte Kenntnisse im Betreuungsrecht, Kenntnisse im sozialrechtlichen Unterstützungssystem sowie Kenntnisse der Kommunikation mit Personen mit Erkrankungen und Behinderungen vorausgesetzt. Ebenso müssen Methoden zur Unterstützung bei der Entscheidungsfindung nachgewiesen werden.

Das Bayerische Justizministerium hat mir außerdem mitgeteilt, dass die gerichtliche Aufsicht stärker auf die Ermittlung der Wünsche des Betreuten als zentralem Maßstab ausgerichtet und die Aufsichtsinstrumente dahingehend geschärft werden. Wenn also Anhaltspunkte für eine Pflichtverletzung des Betreuers vorliegen, ist das Gericht grundsätzlich verpflichtet, den Betreuten anzuhören. Eine gute Entwicklung, wie ich meine, denn solch eine Anhörung soll dem Ziel dienen, die Sichtweise des Betreuten, insbesondere dessen Wünsche, aus erster Hand zu erfahren und gegebenenfalls zu besprechen, welche Folge dieser sich bei einer tatsächlichen Pflichtverletzung wünscht oder sogar einfordert.

Persönlich heiße ich es auch für richtig, dass der Betreuer bzw. die Betreuerin präzise Angaben zu Art, Umfang und Anlass der persönlichen Kontakte sowie zu dem persönlichen Eindruck vom Betreuten machen muss. Mir ist es als Beauftragter weiter ein großes Anliegen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Betreuung ist kein Randthema unserer Gesellschaft, sondern eine Angelegenheit, die uns alle angeht!

Ich danke daher allen Menschen, die sowohl beruflich oder ehrenamtlich als Betreuerin oder Betreuer diese verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen. Jedes Engagement in diesem Bereich wertschätze ich ausdrücklich! Ich bin zuversichtlich, dass mit dem reformierten Betreuungsgesetz nicht nur die Arbeit der Betreuerinnen und Betreuer sicherer wird, sondern auch die Betroffenen davon profitieren.

Ihr

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Deutscher Austritt aus internationalem Jagdrat: Ideologiegeleitete Schaupolitik von Minister Özdemir

Wir FREIE WÄHLER im Landtag von Bayern und Rheinland-Pfalz kritisieren den Austritt Deutschlands aus dem Internationalen Rat zur Erhaltung der Jagd und des Wildes (CIC) aufs Schärfste:

Wir wollen erreichen, dass Deutschland dem CIC schnellstmöglich wieder beiträgt. Der CIC ist ein internationales, politisch unabhängiges, gemeinnütziges Beratungsorgan, welches das Ziel hat, die Erhaltung des Wildes durch nachhaltige Nutzung von Flora und Fauna zu fördern. Doch bedauerlicherweise hat nun das unter Cem Özdemir geführte Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die deutsche Mitgliedschaft im CIC nach 35 Jahren überraschend beendet. Mit diesem eigenmächtigen Austritt aus dem CIC hat Özdemir der Jagd, dem Artenschutz sowie vielen Entwicklungsländern einen Bärendienst erwiesen. Denn die Jagd spielt sowohl bei uns im Freistaat als auch weltweit eine wichtige Rolle bei Landschaftspflege und Schutz freilebender Wildtiere:

Gut geregelte und streng kontrollierte Jagdsysteme sind wesentliche Voraussetzung für einen funktionierenden internationalen Artenschutz. Verzichten wir zukünftig auf unsere Mitgliedschaft, verliert Deutschland neben einer kompetenten Informationsquelle auch eine wichtige Plattform zum Austausch mit internationalen Wissenschaftlern und Experten – die Fortsetzung der deutschen Mitgliedschaft im CIC ist daher schlichtweg alternativlos. **HIER** gibt es weitere Infos.



Die Bereitschaft zur Organspende muss besser werden! Deutschland braucht die doppelte Widerspruchslösung!



Als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung verfolge ich die Meldungen zur Spendenbereitschaft mit großer Aufmerksamkeit. Ich muss leider feststellen, dass noch immer viel zu viele Patientinnen und Patienten auf den Wartelisten stehen und auf ein Organ warten müssen. Ich selbst spreche mich daher nach wie vor für eine doppelte Widerspruchslösung für Deutschland aus.

Diese sieht vor, dass sich jeder volljährige Bürger grundsätzlich entscheiden kann, ob er zur Organspende im Fall des eigenen Hirntods bereit ist. Für mich ist es eindeutig, dass die derzeitige gesetzliche Regelung nicht den gewünschten Erfolg bringt.

In der Schweiz haben sich die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise in einer Volksabstimmung beim Thema Organspende für eine Widerspruchslösung ausgesprochen. Dies bedeutet, dass jeder Verstorbene als Organspender in Frage kommt – außer er oder sie haben dies vorab ausdrücklich abgelehnt. Es gilt aber auch, dass Verwandte der Verstorbenen dennoch ein Mitspracherecht haben. Leider scheint es aktuell in der Schweiz wegen strenger datenschutzrechtlicher Auflagen Verzögerungen beim Aufbau eines digitalen Registers zu geben.

Meldungen zufolge gab es in Deutschland im Jahr 2022 nur etwas mehr als zehn Spender pro eine Million Einwohner. Gleichzeitig stehen rund 8.500 Menschen auf Wartelisten für ein Organ. Auch wenn in Bayern die Zahl der postmortalen Organspender 2022 im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen ist, warten doch auch im Freistaat immer noch rund 1.100 Menschen auf ein lebenswichtiges Spenderorgan.

Zum Wohle aller Menschen, die ein Spenderorgan brauchen, um weiterleben zu können, rufe ich dazu auf, den öffentlichen und politischen Diskussionsprozess erneut zu starten, um nochmals eine Gesetzesänderung herbeizuführen! Es kann nicht sein, dass Patientinnen und Patienten sterben müssen, weil die Hürde der Spendenbereitschaft nicht in genügend großem Umfang genommen wird!

Bundesregierung plant Verschärfung des Waffenrechts - MdL Hauber: Fachverbände sollten stärker in die Erteilung von Waffenerlaubnissen einbezogen werden

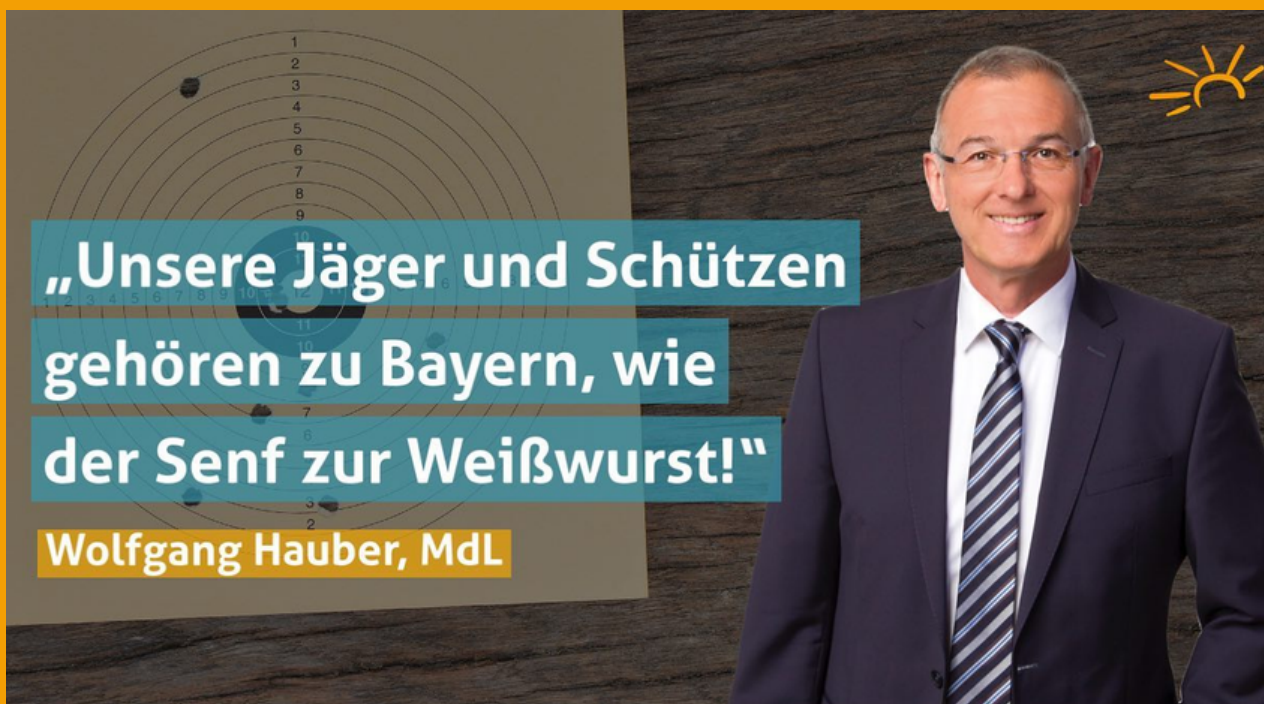
Hauber: „Unsere Jäger und Schützen gehören zu Bayern, wie der Senf zur Weißwurst!“

Weißenburg. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat angekündigt, das Waffenrecht verschärfen zu wollen. Landtagsabgeordneter und innenpolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion Wolfgang Hauber äußert sich zu diesem Vorschlag wie folgt:

„Die aktuellen Ereignisse rund um die Reichsbürgerszene und die Übergriffe an Silvester auf unsere Beamtinnen und Beamte sind nicht tragbar. Sie haben gezeigt, wie wichtig die Sicherheit unserer Einsatzkräfte ist. Dennoch lehne ich eine Verschärfung des Waffenrechts – wie von Faeser geplant – ab.

Unsachliche Verbotsbestrebungen und ideologische Symbolpolitik sind nicht meine Auffassung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Leidtragende einer weiteren Verschärfung des Waffenrechts sind nicht die Reichsbürgerinnen und -bürger, sondern vor allem unsere Jäger und Sportschützen. Der richtige Weg wäre eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit herzustellen.

Dies gelingt nicht durch Zwang und Verbote. Denn dadurch werden sich die Chaoten unserer Gesellschaft nicht ändern lassen. Diese treffen lediglich die rechtstreuen und engagierten Bürgerinnen und Bürger. Die Berliner Ampel stellt damit aktionistische Symbolkraft über Volksnähe und Bürgerfreundlichkeit. Das widerspricht meiner politischen Überzeugung. Daher schlage ich vor, Fachverbände stärker in die Erteilung von Waffenerlaubnissen einzubinden.“



Kräftiger Schub für die Pflege - Regierungsfractionen präsentieren Antragspaket im Landtag für attraktivere Ausbildung, höhere Freibeträge und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Foto (v.l.): Dr. Beate Merk, Bernhard Seidenath, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und Susann Enders

Um die angespannte Situation in der Pflege zu verbessern und den Pflegeberuf wieder attraktiver zu machen, haben die Regierungsfractionen aus FREIEN WÄHLERN und CSU ein gemeinsames Antragspaket eingebracht. Ziel der insgesamt 15 Anträge ist es, die Zahl der Fachkräfte in der Pflege deutlich zu erhöhen, deren Arbeits- und Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern sowie für spürbare finanzielle Entlastungen zu sorgen. So wollen die Regierungsfractionen für eine bestmögliche pflegerische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Bayern sorgen – unabhängig davon, ob die pflegebedürftige Person in den eigenen vier Wänden, in der Tagespflege oder in einer stationären Pflegeeinrichtung versorgt wird.

In Bayern fehlen schon heute zehntausende Fachkräfte in der Pflege. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird sich dieser alarmierende Trend in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir müssen deshalb alle verfügbaren Instrumente einsetzen, um den Fachkräftemangel in der Pflege zu beseitigen. So wollen wir zum einen mehr Pflegekräfte für eine Tätigkeit in Vollzeit gewinnen. Dazu müssen die beruflichen Rahmenbedingungen etwa durch die Einführung von Pflege-Springerpool, eine verlässliche Dienstplangestaltung und eine bessere Bezahlung deutlich verbessert werden.

Denn bislang führen vor allem die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Pflegeberuf und die immer stärker eingeforderte Flexibilität dazu, dass Pflegekräfte vermehrt in Teilzeit arbeiten. Zum anderen müssen wir viel stärker auf junge Menschen zugehen, um ihr Interesse am Pflegeberuf zu wecken. Gerade angesichts der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in den europäischen Nachbarländern Spanien und Griechenland sehen wir eine echte Chance, durch entsprechende Anwerbungskampagnen Menschen für eine Ausbildung in der Pflege in Deutschland zu begeistern und sie mit der Perspektive auf einen dauerhaften Arbeitsplatz langfristig in Deutschland zu halten.

Patienten- und Pflegebeauftragter veröffentlicht neue Broschüre mit Handreichungen für Betroffene und Angehörige



Es freut mich außerordentlich, dass ich zum Jahresbeginn 2023 meine aktuelle Broschüre vorstellen kann. Aus den vielen Eingaben, die mich seit meinem Amtsbeginn 2018 erreicht haben, habe ich ein übersichtliches Nachschlagewerk gemacht, das Patienten, Pflegebedürftigen und deren Angehörigen helfen soll!

Themen, die von Bürgerinnen und Bürgern im Laufe der Zeit an mich herangetragen wurden, sind in dieser Broschüre aufgeführt – alphabetisch sortiert von A bis Z. Jede Leserin und jeder Leser findet so zu einem bestimmten Begriff das Wichtigste auf einen Blick sowie Anschriften für Rat und Hilfe – weiterführende Adressen also, bei denen man sich kompetent beraten lassen kann.

Ein ausführliches Verzeichnis enthält außerdem sämtliche Postanschriften, Telefonnummern und Webadressen.

In meinem Amt als Patienten- und Pflegebeauftragter merke ich deutlich, dass die Nachfrage nach Unterstützung sehr groß ist. Daher soll diese Broschüre einen Beitrag für mehr Gesundheitskompetenz leisten! Gesundheitskompetenz ist eine Form der Bildung und Grundlage für eine gesunde Lebensweise. Es geht um die Fähigkeit, Gesundheitsinformationen erst einmal aufzufinden, sie dann auch zu verstehen und schlussendlich anzuwenden. Obendrein stärkt Gesundheitskompetenz die Mündigkeit der Betroffenen und hilft, die Orientierung am Menschen in unserem Gesundheits- und Pflegesystem weiter zu stärken.

Die Broschüre mit dem Titel „Patienten- und Pflegeangelegenheiten von A bis Z – Handreichungen für Betroffene und Angehörige in Bayern“ steht kostenfrei zum Download zur Verfügung und kann auch als Printversion gratis bestellt werden. Weitere Informationen findet man unter www.patientenportal.bayern.de. Bestellungen über den Bestellshop Bayern sind [hier](#) möglich.

Start der Ausschreibung für den Bürgerpreis 2023

Die Ausschreibung für den Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2023 hat begonnen. Die bayerische Volksvertretung würdigt mit der Auszeichnung wieder herausragendes ehrenamtliches Engagement im Freistaat. Das Leitthema lautet diesmal „Lichtblickmacher – Ehrenamtliches Engagement für die psychische Gesundheit“.

Die Auslobung richtet sich an ehrenamtliche Initiativen, die Betroffenen in Bayern dabei helfen, mit ihrer Krankheit umzugehen oder Menschen aus deren Umfeld unterstützen, sowie an Engagierte, die Prävention zum Erhalt psychischer Gesundheit betreiben. **Die Bewerbungsfrist läuft bis 5. März 2023.**

Die Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft und insbesondere die Einschränkungen während der Corona-Pandemie haben gerade in der jüngeren Vergangenheit zu einer enormen Zunahme psychischer Belastungen geführt. Dies erlebe ich tagtäglich auch in meiner Funktion als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Die psychischen Leiden können von Depressionen über Angst- und Verhaltensstörungen bis hin zu Sucht- oder Demenzerkrankungen reichen. Psychische Gesundheit ist aber eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe.

Insbesondere vor diesem Hintergrund ist das Engagement von Ehrenamtlichen und von ehrenamtlich getragenen Institutionen, die sich für Prävention und das Wohl von Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Umfeld einsetzen, nicht hoch genug zu bewerten. Unsere ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger leisten einen sehr wichtigen Beitrag, den Erkrankten wichtige Unterstützung zu geben und ihre Krankheit zu enttabuisieren. Deshalb befürworte und unterstütze ich ausdrücklich diesen Bürgerpreis des Bayerischen Landtags zum Thema Psychische Gesundheit

Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2023 richtet sich zum einen an ehrenamtlich getragene Initiativen und Projekte in Bayern, die Betroffenen dabei helfen, mit ihrer Krankheit umzugehen und den Alltag zu bewältigen. Zum anderen sind ehrenamtlich Engagierte eingeladen sich zu bewerben, die Prävention zum Erhalt von psychischer Gesundheit betreiben, sowie Initiativen, die Menschen aus dem Umfeld von psychisch erkrankten Personen unterstützen.

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden von einem Beirat unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Ilse Aigner ausgewählt. Der Bürgerpreis ist in diesem Jahr mit insgesamt 50.000 Euro dotiert. Eine Teilausschüttung des Preisgeldes bleibt vorbehalten. Zudem kann das jeweilige Preisgeld auch in Teilsummen auf mehrere Preisträgerinnen und Preisträger aufgeteilt werden. Das Preisgeld ist zweckgebunden und für die Förderung des prämierten Projekts oder dessen Fortentwicklung einzusetzen. Die Preisverleihung ist für 23. Juni 2023 im Bayerischen Landtag geplant.

Wer sich bewerben will, findet weitere Informationen unter www.buergerpreis-bayern.de oder kann sich an Frau Petra Thielen, Bayerischer Landtag | Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München, Telefon 089 4126-2685 oder buergerpreis-bayern@bayern.landtag.de wenden.



Gemeinsamer Besuch von MdL Hauber und Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer bei der Gründungsberatung der Hochschule Ansbach:

Innovative Angebote in Lehre, Forschung und Transfer als Basis für die Stärkung der regionalen Wirtschaft und Chance für junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen

Hauber: "Gut ausgebildete Talente aus der Region sollen auch in der Region bleiben. Die Studierenden können auf eine nachhaltige und kompetente Unterstützung zurückgreifen"

Ansbach. Mit dem Ziel ein Institut für Innovation und Entrepreneurship aufzubauen, haben die Landtagsabgeordneten Hauber und Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer den Pixel-Campus der Ansbacher Hochschule besucht. Dabei wurde deutlich, dass eine zukunftsorientierte und nachhaltige Ausbildung einen wichtigen Beitrag zur Förderung der regionalen Wirtschaft leistet. "Die Gründungsberatung begünstigt durch die Entwicklung innovativer Projekte ganz konkret das Wachstum in der Region. Fähigkeiten und Knowhow werden hier gebündelt", wie Wolfgang Hauber ausführt.

Dies geschieht in modernen Räumlichkeiten direkt in der Ansbacher Innenstadt. Der Pixel Campus beheimatet die Gründungsberatung der Hochschule und ermöglicht einen direkten Austausch für Unternehmen, Alumni und gründungsinteressierte Studierende. Von regelmäßigen Projekten wie Hackathons, bei denen Studierende gemeinsam an Lösungen für Probleme regionaler Betriebe tüfteln, profitiert die heimische Wirtschaft enorm, wie der Leiter der Gründungsberatung, Johannes Hähnlein, veranschaulicht.

„Es ist uns ein Herzensanliegen, das Innovationspotenzial weiter zu fördern. Junge gut ausgebildete Köpfe können sich hier bestmöglich entfalten und die Zukunft der Region mitgestalten“, unterstreicht MdL Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer. So findet am 22. Juni 2023 bereits zum dritten Mal der sogenannte Campus der Löwen – ein Gründungstag am Campus der Hochschule statt. Dabei stehen Pitches von jungen und motivierten Gründerinnen und Gründer vor einer hochkarätigen Jury im Vordergrund.



Das Vorantreiben gleichwertiger Lebensverhältnisse und eine ganzheitliche Wachstumsstrategie am Standort Ansbach bilden die Kernanliegen des geplanten Institutes. „Der Unternehmergeist kann so bestmöglich gefördert werden. Die Entwicklung all dieser innovativen Projekte bedarf einer langfristigen Ausrichtung. Das mache das Vorhaben unterstützenwert, resümieren die beiden Landtagsabgeordneten Hauber und Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer.



Gruppenfoto des Besuches, das die beiden Landtagsabgeordneten Hauber (4.v.l.) und Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer (3.v.l.) zusammen mit dem Präsidenten der Hochschule Ansbach Prof. Dr.-Ing. Müller-Feuerstein (3.v.r.) und Mitarbeitenden des Gründungszentrums unter Federführung von Johannes Hähnlein (1.v.r.) und Prof. Dr. Carolin Durst (4.v.r.) zeigt.

Bilder-Rückblick zur Grünen Woche in Berlin



KONTAKT UND IMRESSUM



WOLFGANG HAUBER, MDL

Abgeordnetenbüro
Bahnhofstraße 19,
91781 Weißenburg
Tel.: 09141 / 99 70 170
Fax: 09141 / 99 70 172

E-Mail: wolfgang.hauber@fw-landtag.de
Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de
Facebook: www.facebook.com/hauberwolfgang/
Instagram: www.instagram.com/hauberwolfgang/
Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei



PROF. (UNIV. LIMA) DR. PETER BAUER, MDL

Abgeordnetenbüro
Weinbergstr. 47,
91623 Sachsen b. Ansbach
Tel.: 09827 - 207585
Fax: 09827 - 207586

E-Mail: peter.bauer@fw-landtag.de
Homepage: www.frankensprecher.de
Facebook:
www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher
Instagram: www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher
Twitter: www.twitter.com/@frankensprecher

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie einfach auf uns zu.

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!